

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telefax: (02 28) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Auf das Ausbleiben des Beschäftigungs-Aufschwungs weist **Ottmar Schreiner MdB** hin: Das Hoch der Wirtschaft bleibt ohne Wirkung für den Arbeitsmarkt.

Seite 1

Die Verletzung des Wiener Dokuments über Vertrauensbildung durch Moskau kritisiert **Karsten Voigt MdB**: Zwischenstaatliche Abmachungen müssen eingehalten werden.

Seite 2

Grund zur Sorge sieht **Klaus Kirschner MdB** für Versicherte und Patienten: Die Reform des Gesundheitswesens bewirkt Leistungskürzungen.

Seite 3

Eine Sommer-Smog-Verordnung fordert **Wolfgang Drexler MdL**: Erkenntnisse aus dem Heilbronner Ozon-Versuch nutzen.

Seite 4

50. Jahrgang / 7

10. Januar 1995

Im Osten jeder siebte, im Westen jeder elfte arbeitslos Beschäftigungs-Aufschwung noch in weiter Ferne

Von **Ottmar Schreiner MdB**
Arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Sprecher der SPD-
Bundstagsfraktion

1994 hatte der Arbeitsmarkt in Deutschland sein bisher stärkstes Tief. Allein im Westen gingen in nur zwei Jahren 1,7 Millionen Arbeitsplätze verloren; selbst das schlechte Vorjahresergebnis wurde im November noch einmal um 200.000 unterschritten. 2,6 Millionen Arbeitslose im Jahresdurchschnitt bedeuten einen Anstieg um 13 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Im Westen allein und in Gesamtdeutschland (3,78 Million im Jahresdurchschnitt) wurde die höchste Zahl seit dem Zweiten Weltkrieg erreicht. Im Osten zeigen sich zwar erste Erfolge der massiven Aufbauhilfe, dennoch ist im Osten jeder siebte und im Westen jeder elfter arbeitslos. Besonders betroffen sind die Frauen im Osten mit einer Arbeitslosenquote von 20 Prozent, das heißt jede fünfte Frau in den neuen Ländern ist arbeitslos.

Der Tiefdruck hat im Dezember ein wenig nachgelassen, im Osten konnte die Arbeitslosigkeit sogar geringfügig abgebaut werden. Die Erwerbstätigkeit nimmt dort nicht mehr ab. Trotzdem ist auch hier ein Hoch am Arbeitsmarkt auf absehbare Zeit nicht in Sicht. Für Gesamtdeutschland rechnen die Experten 1995 sogar mit drei Prozent Wirtschaftswachstum, die Arbeitslosigkeit wird aber dennoch nur um 100.000 bis allenfalls 200.000 Personen abnehmen. Ein Hoch der Wirtschaft reicht also für ein Hoch am Arbeitsmarkt längst nicht aus.

Die Bundesregierung hat es sogar zugelassen, daß die Langzeitarbeitslosigkeit auf rund ein Drittel angeschwollen ist. Die Hilfen für Langzeitarbeitslose müssen umgehend ausgebaut werden, die Kürzungen im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit und die Beendigung des Sonderprogramms 'Hilfen für Langzeitarbeitslose' sind unverantwortlich.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 1801 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verpflichtung
zu werbefreier
Redaktion



Rund 80 Prozent der Menschen in Deutschland halten die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit für das vordringlichste politische Problem. Jetzt ist es höchste Zeit für ein Bündnis gegen Arbeitslosigkeit mit einer umfassenden Reform der Arbeitsförderung. Wir müssen Arbeit anstelle von Arbeitslosigkeit finanzieren und die Arbeitsförderung mit der Wirtschafts- und Strukturpolitik in den Regionen verbinden. Die SPD fordert hierzu ein neues Arbeits- und Strukturförderungsgesetz.

(-/10. Januar 1995/rs/ks)

Moskau verletzt Wiener Dokument über Vertrauensbildung Zwischenstaatliche Abmachungen müssen eingehalten werden

Von **Karsten D. Voigt MdB**
Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Der Krieg russischer Streitkräfte gegen Tschetschenien verletzt nicht nur die Menschenrechte und den auf der Budapester KSZE-Konferenz auch von Rußland unterschriebenen "Verhaltenskodex". Er mißachtet auch die Bestimmungen des Dokuments über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen, das im März 1992 von den KSZE-Teilnehmerstaaten angenommen wurde.

Dieses Dokument verlangt (Ziffer 36 und 38), daß militärische Aktivitäten eines Landes "auf diplomatischem Wege allen anderen Teilnehmerstaaten 42 Tage oder mehr vor ihrem Beginn angekündigt werden müssen, wenn an einer solchen Aktivität mindestens 9.000 Mann oder mindestens 250 Kampfpanzer beteiligt sind oder wenn dabei mindestens 200 Einsätze von Flugzeugen, ausgenommen Hubschrauber, geflogen werden".

Nach den bislang vorliegenden Informationen hat Rußland in Tschetschenien diese Grenzen weit überschritten und wäre zur Notifizierung seiner militärischen Einsätze im eigenen Lande verpflichtet gewesen. Es ist dieser Verpflichtung nicht nachgekommen.

Ein weiterer Verstoß gegen diese Bestimmungen des Wiener Dokuments über Vertrauensbildende Maßnahmen besteht darin, daß Rußland keine Beobachter in das Kampfgebiet eingeladen hat (Ziffer 45). Rußland hatte nach dreijährigen Verhandlungen akzeptiert, daß es alle anderen KSZE-Staaten schriftlich einladen muß, wenn es Militäraktivitäten mit 13.000 oder mehr Soldaten durchführt. Das ist in Tschetschenien offenbar der Fall. Die russische Regierung hat auch diese Verpflichtung von sich gewiesen mit dem Hinweis, sie könne die Sicherheit ausländischer Beobachter nicht garantieren.

Der Vertrag über konventionelle Abrüstung und das damit zusammenhängende Dokument über Vertrauensbildung sind zentrale Säulen der heutigen Sicherheit in Europa. Die Verletzung der darin enthaltenen Regelungen ist ein ernster Vorgang.

Die Bundesregierung ist aufgefordert, gemeinsam mit den anderen KSZE-Staaten über die politischen Konsequenzen aus dem Bruch internationaler Vereinbarungen zu sprechen. Deren Einhaltung ist keine innere Angelegenheit. Wer in Rußland die Demokratie und die Demokraten stützen will, muß auf die Einhaltung zwischenstaatlicher Abmachungen bestehen.

(-/10. Januar 1995/rs/ks)

Versicherte und Patienten haben Grund zur Sorge
Die Koalitions-Reform des Gesundheitswesens sieht Leistungskürzungen vor

Von Klaus Kirschner MdB
Gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Der Bundesgesundheitsminister scheint von dem Gedanken beseelt zu sein, daß derjenige, der Reformen und Neuerungen ankündigt, seinen Aufgaben und vor allem seiner Verantwortung allein schon hierdurch gerecht wird. Weit gefehlt: Neben dem absoluten Willen, Reformstärke beweisen zu wollen, sind vor allem noch die Hausaufgaben aus dem Gesundheitsstrukturgesetz zu erledigen. Die Umsetzung der reformerischen und entscheidenden Teile des Gesundheitsstrukturgesetzes leiden seit geraumer Zeit unter dem Aktionismus des Bundesgesundheitsministers. Dies ist umso schlimmer, als daß gerade die noch umzusetzenden und die noch weiterzuentwickelnden Teile die Wirtschaftlichkeitsreserven im Gesundheitswesen zu mobilisieren haben.

Der Bundesgesundheitsminister ganz alleine hat diesen Zustand zu verantworten, weil er zum einen nicht engagiert auf die Umsetzung drängt und zum anderen den Akteuren im Gesundheitswesen durch die Ankündigung einer weiteren Reform signalisiert, daß alles was jetzt nicht geschafft ist, in der nächsten Runde angepackt wird. Wer will sich da noch freiwillig einem Rationalisierungsdruck für seinen Bereich aussetzen? Fazit: Während vor allem die Patienten und allen voran chronisch Kranke durch Arzneimittelzuzahlungen bereits unverhältnismäßig hoch belastet werden, werden in anderen Bereichen die eigentlich strukturellen Maßnahmen, die die Wirtschaftlichkeitsreserven mobilisieren sollen, damit leichtfertig auf Spiel gesetzt.

Wo zum Beispiel sind die Verträge zur Qualitätssicherung in der Zahnmedizin oder wo ist die Abstufung der Vergütung beim Einsatz der Medizintechnik? Was ist mit der Umverteilung des Honorars innerhalb der verschiedenen Arztgruppen zur Stärkung des Hausarztes oder mit dem Präventionsbudget bei den Ärzten, das noch nicht ausgeschöpft ist und im übrigen auch nicht zur Stärkung des ambulanten operierens genutzt wird? Wie werden die Steuerungsinstrumente, wie Fallpauschalen oder das ambulante operieren im Krankenhausbereich weiter gesundheitsökonomisch sinnvoll forciert?

Was die jetzt beginnenden Gespräche über die Weiterentwicklung des Gesundheitswesens mit den beteiligten Akteuren betrifft, so sind die bisherigen Verlautbarungen des Bundesgesundheitsministers, insbesondere im Blickfeld der Koalitionsvereinbarung sehr nebulös. Das läßt vor allem nichts Gutes für Versicherte und Patienten ahnen.

Die Koalitionsvereinbarung von CDU/CSU und FDP sieht für das Gesundheitswesen letztlich Leistungskürzungen für Patienten und die Reprivatisierung von Gesundheitsrisiken für alle Versicherten vor. Paßte diese Koalitionsvereinbarung noch in das Konzept des Koalitionspartners FDP, so sind die letzten Äußerungen Seehofers über seine Vorstellungen für die geplante neue Reformstufe auf einen knallharten Widerstand der FDP gestoßen. Eine gesetzlich föderale Beitragssatzstabilität sowie ein größerer vertraglicher Spielraum für die Krankenkassen bringt schon vor Beginn der ersten Gespräche Seehofers die hauchdünne Eisschicht in das Rampenlicht, die ein "schwergewichtiges" Reformvorhaben tragen soll. Ob der von Reformankündigungen geplagte Bundesgesundheitsminister wieder, wie bei dem Gesundheitsstrukturgesetz 1992 auf die innovative Kraft der SPD hofft?

(-/10. Januar 1995/rs/ks)

Wir brauchen eine Sommer-Smog-Verordnung
Ozonversuch war Erfolg für vorausschauende Umweltpolitik

Von Wolfgang Drexler MdL
Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

Der Heilbronner Ozon-Versuch, der im letzten Sommer durchgeführt wurde und von einzelnen Unionspolitikern heftig attackiert wurde, hat in der SPD den akademischen Streit beendet und bewiesen, daß es richtig und notwendig war, diesen Versuch durchzuführen. Da die Auswertungen des Ozonversuchs zu dem Ergebnis kommen, daß nur großräumige Beschränkungen der Industrie und des Verkehrs einen wesentlichen Einfluß auf die Ozonbildung haben, darf man nun nicht die Hände in den Schoß legen und der Dinge harren, die da kommen.

Nun gilt es, entsprechende Konsequenzen daraus abzuleiten. Ich sehe die Unterstützung der Bundesratsinitiative des Landes Nordrhein-Westfalen für eine Ozon-Verordnung als einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung an.

Sollte die Bundesregierung diese Verordnung ebenso verzögern, wie viele andere Verordnungen auch, muß den Ländern die rechtliche Möglichkeit eingeräumt werden, selbst Schritte zu ergreifen. In Baden-Württemberg haben sich die Koalitionsparteien von CDU und SPD bereits für entsprechende Maßnahmen ausgesprochen. Wir haben in einem gemeinsamen Antrag die Landesregierung aufgefordert, verschiedene Bundesratsinitiativen einzubringen, die unter anderem ein Programm für die weitere Umrüstung auf KAT-Fahrzeuge vorsieht und die die Stilllegung ab dem 1. Januar 2000 für alle Nicht-KAT-Fahrzeuge regelt. Ebenfalls soll Bonn ein Maßnahmenkonzept erarbeiten, welches deutliche Anreize zur Entwicklung auf Kauf sparsamer Fahrzeuge gibt und einen Durchschnittsverbrauch neu zugelassener Fahrzeuge von fünf Liter pro 100 Kilometer bis zum Jahr 2000 erreichen läßt.

(-/10. Januar 1995/rs/ks)
